



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 2.1 der öffentlichen Sitzung am 6. März 2018

Vorlagen-Nr. 18-F-21-0022

Sachstand LKW-Durchfahrverbot

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.02.2018 -

Mit der Debatte um ein Dieselfahrverbot in Innenstädten hat auch die Diskussion um ein LKW-Fahrverbot in Wiesbaden wieder Fahrt aufgenommen. Seit geraumer Zeit ist der Antrag der Stadt hierauf bei Land anhängig, ohne dass konkrete Informationen über den aktuellen Sachstand vorliegen. Insbesondere ist nicht klar, in welcher Form (partiell, selektiv oder umfassend) ein solches Durchfahrverbot derzeit vorrangig geprüft wird. Damit ist aber auch unklar, welche Folgen sich für den Verkehr wie auch für die Schadstoffbelastung der Luft hieraus konkret ergeben würden.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

1. welche Informationen ihm zur Umsetzung eines LKW-Fahrverbots derzeit vorliegen
2. ob seitens des Landes ein Tätigwerden zu erwarten ist oder ob noch weitere Forderungen zur Nachlieferung von Informationen, Daten oder Gutachten an die Stadt gerichtet werden,
3. welche Bereiche der Stadt nach dem derzeitigen Stand der Planung von einem Durchfahrverbot umfasst wären sowie
4. in welchem Maß derzeit Ausweichverkehre auf Nebenstrecken und Alternativrouten erwartet werden. Insbesondere wolle der Magistrat hier bewerten, inwiefern die derzeitige Planung geeignet ist, besonders Verkehre, welche zur Vermeidung von Mautzahlungen auf Bundesstraßen und Nebenstrecken ausweichen, künftig wieder zurück auf die Autobahn zu führen.

Beschluss Nr. 0033

Der Antrag ist durch die mündlichen Ausführungen von Herrn Stadtrat Kowol und die anschließende Aussprache erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2018

Volk-Borowski
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2018

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2018

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister